

# Sächsische Zeitung

1909. Nr. 178.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 17. April 1909.

Verleger: Dr. Walter Gutschalk in Halle a. S.  
Redaktion: Dr. Gutschalk in Halle a. S.  
Druck: Dr. Gutschalk in Halle a. S.

Eingelagert bei H. Schlegel in Halle a. S.  
Eingelagert bei H. Schlegel in Halle a. S.  
Eingelagert bei H. Schlegel in Halle a. S.

## Die Lage in der Türkei.

Konstantinopel war gestern äußerlich ruhig, die türkische Lage ist jedoch noch ungeläutert. Es herrscht die Meinung vor, daß der neue Großwesir nicht lange im Amt bleiben wird. Die Abneigung gegen die aus den Offizierskreisen hervorgegangenen Offiziere ist unter den Truppen im höchsten Grade. Charakteristisch für die Stimmung ist der am Donnerstag abgegebene Artikel über Hersek, der sich gegen die Ausschließung aller Personen von der Beförderung zu Offizieren richtet. In der Hauptstadt führt der Kriegsminister die Offiziere und Mannschaften zu vermitteln. Die Mehrheit der Offiziere ist wieder in ihren Truppen eingetroffen. Einige sollen nach Makedonien abgereist sein. Die Meldungen über die Haltung der unbesetzten Gebiete widersprechen sich. Es verlautet, daß Enver-Pascha von Seite nach Konstantinopel die Regimenter in Makedonien aufsuchen wird.

Über die Haltung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber den Ereignissen der Türkei wird der Wiener „Neuen Freien Presse“ von eingehender Stelle folgendes mitgeteilt:

Die österreichisch-ungarische Regierung steht gegenüber den Ereignissen in der Türkei auf dem Standpunkt der reinen Beobachtung. Oesterreich-Ungarn nimmt an den Vorgängen in der Türkei selbst kein großes Interesse und ist insofern an denselben nicht interessiert als die anderen Mächte, als es die Türkei nicht doch das größte Interesse ist. Wenn auch unser Interesse gegenüber ihr geringeres ist als früher, nachdem durch das Abkommen die Differenzen zwischen uns und der Türkei beseitigt sind, so kann es uns nicht gleichgültig sein, wenn sich auf Balkan so große Umwälzungen und Erschütterungen vollziehen. Oesterreich-Ungarn wird die weitere Entwicklung der Ereignisse abwarten. Die österreichisch-ungarische Regierung hat, das es gelingen wird, im Interesse der Türkei Ordnung und Ruhe herzustellen.

Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat am Freitag den König von Belgien in Paris besucht. Der französische Minister des Äußeren, Richot, ist nach Brüssel zurückgekehrt und hat Schritte für die Sicherheit der belgischen Staatsangehörigen in der Türkei unternommen.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Konstantinopel wurden in Abana 50 Armenier getötet, zahlreiche Häuser geplündert und in Brand gesetzt. Ein Deutscher und der Dragoman des englischen Konsuls wurden verwundet.

Später erfahren wir noch aus Konstantinopel unterm April: Viele Wälder sind als unrentabel oder überflüssig, so die Wälder von der Forderung des Zofals freigegeben. Das am 15. April wieder begonnene Verhandeln vor dem Hilfs ist auf energisches Durchgreifen des Kriegsministers und des neuen Korpskommandanten eingestellt worden. Die Soldaten, die das das Korpskommandanten Mahmud Mustafa umgeben hatten, haben sich erst zurückgezogen, nachdem ihnen vom Sultan befohlen war und nachdem er ihnen ein Kreuz gefahnt hatte.

Am Freitag gebannt wieder die türkisch-bulgarischen Verhandlungen. Der neue Präsident des Reichsrats Zinti hat aus Gesundheitsrücksichten und der türkische Marineminister Emin infolge der gemeinsamen Demonstration der Matrosen seine Entlassung gegeben. Der Polizeiminister Sami hat ebenfalls seine Entlassung gegeben. An seiner Stelle soll der Kommandant des 1. Infanterie-Regiments Jemal Hofi zum Polizeiminister ernannt werden.

Die jüngstlichen Offiziere sind auch zahlreiche jugendliche Offiziere vom Dienste freigegeben. Auf Basis ist zum Kommando des Jannets ernannt worden. Es verlautet, daß der Sultan dem liberalen Abgeordneten Kemal Kemal gegenüber erklärt, was auch kommen werde an der Verfassung festhalten, da er in der Verfassung die einzige Hoffnung für das Wohl des Reiches sieht. Der bisherige Militärdiktator in Berlin, Enver-Pascha, soll an der Grenze verhaftet werden. Am Donnerstag sind in den Straßen Konstantinopels drei Offiziere erschossen worden. — Gerüchten zufolge sollen die Batterien der Dardanellen in den Händen der Bulgaren befinden. — Wie die Wälder werden, hat die Regierung über Abana den Belagerungszustand erklärt.

In einer Mitteilung des in Konstantinopel weilenden deutschen Konsuls ist die türkische Regierung für die türkische Großwesir erklärt, er hoffe, daß Herr Clemenceau zu werden und die bulgarische Frage einer befriedigenden Lösung zuführen. Wie ferner die türkische Botschaft in Berlin, die türkische Regierung, daß die türkische Regierung erhalten, daß die türkische Regierung

tung dieselbe Politik fortzusetzen beabsichtigt, die sie seit dem letzten Jahre in Bezug auf die auswärtigen Beziehungen verfolgt habe. — Daselbst wurde erklärt aus amtlicher Quelle, daß die Wälder werden von einer beabsichtigten gemeinsamen Flottenemonstration vor Konstantinopel ab sofort jeder Grundfrage entzogen. Auch stellt das Konstantinopeler Amtblatt in Abana, daß Truppen anderer Korpsbereiche herbeiführen werden seien.

Der türkische Kriegsminister hat am Donnerstag zahlreiche Offiziere und Soldaten verschiedener Regimenter verbannt und ihnen empfohlen, seinen Untergehobenen zwischen den aus den Mannschaften und den aus den Schulen hervorgegangenen Offizieren zu machen. Er hat sie zur Einhaltung der Disziplin aufgefordert und verprochen, daß alle Offiziere mit schlechter Führung entlassen würden.

Die Vereinigung der Ulemas hat an die Kammer und an die Nation eine Proklamation erlassen, welche besagt:

Angesichts der durch einige Deputierten für ihr Leben und angesichts ihrer Demissionen sowie der durch die Bevölkerung von einer Rinde des Islamismus wird erklärt, daß das Verfassungssystem nicht gegen das Scheriatgebot verstoßen. Die Ulema-Vereinigung hat nicht verfehlt, daß unter dem Absolutismus die islamitischen Bücher verboten wurden. Sie will daher verurteilt mit der Kammer, welche das Scheriatgebot beobachtet, die Verfassung bewahren und erklärt, daß die Ulema und die Nation zu den zusammengehörigen und den christlichen Deputierten unter den Offizieren, welche das Mandat verleiht, nicht werden, volles Vertrauen haben. Sie werden jedoch diejenigen Deputierten, welche häufig fälschen würden, als Landesverräter betrachten. Die Ulema bitten die glorreichen Truppen, Ruhe und Gehorsam zu beobachten, und nach dem Rat der Ulema zu handeln.

Der Sultan hat für die geistlichen Seminar-Schulen 10 000 Hünid gespendet. Der Redaktionsführer erfahren wir noch aus Saloniki:

Aus allen großen Provinzstädten wird gemeldet, daß man das neue Kabinett nicht anerkennt und bereit sei, die strengsten Maßregeln zu ergreifen und sich dem Marsch nach Konstantinopel anzuschließen. Oberalbaniern stellt 20 000 Mann zur Verfügung. Nizim Bey ist von Monastir bereits mit einem Bataillon eingetroffen. Der Zentralrat der Komitees für Einheit und Fortschritt wurde wieder nach Saloniki verlegt. Die Anwendung von Freiwilligen und deren Bewaffnung wird eifrig fortgesetzt. Feuer ergriffen wie aus Konstantinopel, 16. April, die Ulema des Min. nachmittags: Soeben ist in dem belagerten Stadtteil von B. ein B. in U. entzündet (Einige Ulema unheimlicherer M. in Soldaten, die den Balkan verlassen entziehen, wurde von einem Trupp Saloniki Jäger verfolgt. Da die Marineoffiziere die Stadt ergriffen, haben die Jäger Feuer und täteten dadurch einen unbedeutenden Verlust. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß trotz der gegenteiligen Versicherung des Kriegsministers die Vorposten der Truppen gegenüber immer noch machtlos sind. Die Verbesserung ist von neuem schärfert erregt. Entgegen anderen Meldungen verlautet wiederholt aus feiner Quelle, daß in der Tat mehrere Truppenkontingente aus der Provinz nach Konstantinopel unterwegs sind.

Im Anschluß hieran seien noch von der großen Zahl der unter vorliegenden Telegramme die folgenden erwähnt:

Walta, 16. April. Der Kommandant der Mittelmeerflotte hat Befehl zur Entsendung der ihm unterstellten Schiffsflotte erlassen. Obwohl der Zeitpunkt ihrer Abfahrt ihr die Behauptung unbekannt sind, glaubt man, daß sie sich in die türkischen Gewässer begeben werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ihr Ziel die Küste der asiatischen Türkei ist. Das Linien Schiff „Ocean“ liegt bereits unter Dampf.

Konstantinopel, 16. April. Zum Laufe des morgigen Tages werden aus Saloniki zwei Eisenbahnzüge mit zusammen 1600 Mann Militär hier eintriften. Die Truppen werden in der Umgebung von Konstantinopel Stellung nehmen und mit der Garde von Konstantinopel verhalten. Gegebenenfalls wird die Hauptstadt angegriffen werden. Man vermutet, daß die Truppen unter Führung von Enver Pascha stehen. Auch aus Erzer werden Truppen erwartet.

Konstantinopel, 16. April. In der heutigen Beratung der türkischen und bulgarischen Delegationen wurden die Verhandlungen zu Ende geführt. Wie verlautet, hatte der türkische Großwesir dem Minister des Äußeren die Weisung erteilt, die Verhandlungen unbedingt zu Ende zu bringen.

In Istanbul herrscht abermals große Erregung wegen der für morgen erwarteten Ankunft jugendlicher Offiziere. Die Weisung steht den Ereignissen mit hoher Ermahnung entgegen.

Sofia, 16. April. Gestern und heute haben mehrere Vertreter der Großmächte beim Ministerpräsidenten bezüglich der Haltung der bulgarischen Regierung gegenüber den Ereignissen in der Türkei Verhandlungen eingegeben und durchaus beruhigende Versicherungen erhalten. Ebenso erhielt der türkische Gesandte in Bulgarien Ministerpräsident den Versicherung, daß Bulgarien keine aggressiven Absichten gegen die Türkei

habe. Einzelne Blätter greifen die Regierung heftig an, weil sie den Ereignissen in der Türkei unzulänglich zusehe, anstatt den günstigen Augenblick zu benutzen und in die Türkei einzutreten. Von Verhandlungen aber von der Forderung einer Kompensation dürfe wegen Rücksicht der Revolution in der Türkei keine Rede sein. — Wie übrigens in diplomatischen Kreisen verlautet, arbeiten die Westmächte eifrig auf eine beschleunigte Regelung der türkisch-bulgarischen Streitigkeiten und die Anerkennung des Königreiches Bulgarien hin. Einzelne Berettungen seien bereits vorberichtet worden, daß die Regelung in den nächsten Tagen zu erwarten sei.

## Schneller Meinungswechsel.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die neuerdings von den offiziellen bedienten Zeitungen sowie von den professoralen Stimmungsmoderatoren betriebene Agitation für die Erbschaftsteuer-Vorlagen sich zu einem direkten Kampfe gegen den Bund der Landwirte gestaltet hat. In dieser Agitation sind mehr und mehr unklügelige Entgegnungen und herausfordernde Berichtigungen hervorgetreten. In fast jeder Weise können die Gegner die Gründe, die der Bund gegen die Nachschaffsteuer und die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten anführt und aufreht erhält, nicht widerlegen. Denn diese Gründe des Bundes sind die gleichen, aus denen noch vor gar nicht langer Zeit sowohl die verbundenen Regierungen wie die meisten Parteien, eigentlich nur mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die Behauptung der Nachschaffsteuer auf Kinder und Ehegatten verteidigten. Man soll sich doch nur gegenwärtigen, wie der Reichsanwalt Fritz Hilow und der preussische Finanzminister Freiherr von Rheinbaben noch vor drei Jahren über diese Steuer gesprochen haben.

In der Reichstags-Sitzung vom 6. Dezember 1906 äußerte sich Fritz Hilow zur Erbschaftsteuer wie folgt:

„Die Erbschaftsteuer trifft ferner das mobile Kapital weniger schwer als das immobile. Ich will noch mehr sagen. Der Verlust von mobilem Kapital kann daselbst nie leichter bei seinen Verlusten an die Erben übertragen im Gegensatz zu dem Verlust von Immobilien. Die Umkehrung der Erbschaftsteuer durch Zuwendungen unter Lebenden läßt sich beim mobilen Kapital sehr schwer verhindern, ohne geerbte Einträge in die Privatverhältnisse. Wer Erbe von mobilem Kapital ist, wird die Erbschaftsteuer leicht fähig machen können. Der Erbe von Immobilien, da neben den Grundbesitz oft wenig, immoviel gar kein Barvermögen vorhanden ist, wird nicht selten Schulden annehmen können, um die Erbschaftsteuer zu bezahlen.“

Diese vom Fürsten Hilow angeführten Gründe bezeichnen man heute als „agrarischen Eigenwitz“.

Am 7. Dezember 1905 führte der preussische Finanzminister Freiherr von Rheinbaben gegenüber dem Zentrumsdirektoren Fritzen, der die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten wenigstens bei ganz großen Vermögen befürwortet hatte, folgendes aus:

„Ich bin sonst nicht sehr skeptisch gegenüber den Klagen von Zentrumsleuten über neue Steuern, aber in diesem Punkte handelt es sich um viel höhere als materielle, hier handelt es sich um ideale Interessen. Es entspricht nicht dem deutschen Familienfidei, wenn die Erben zum Teil begeben, was der Vater mit Mühe erworben hat. Sehr wesentlich kommt auch in Betracht die notwendige Prägnanz des familiären Vermögens. Weshalb wurde die Erbschaftsteuer befristet werden müssen durch die Annahme einer neuen Hypothek. Darum ergebe ich sofort eine Disparität mit dem mobilen Kapital. Die Einführung einer Steuer auf Geschenke unter Lebenden, die unvermeidlich ist, führt zu einer weiteren Disparität. Vom allgemeinen Standpunkte ist für mich das Bedenkliche die Abminderung auf den bürokratischen Weg. Wenn alle Mittelverhältnisse von der Erbschaftsteuer unterzogen werden darf, so ist bei der Entscheidung über Erbschaftsteuer immer mehr verbunden. ... Allerdings würde die Sozialdemokratie gern in diese Falle ziehen.“

Was hier Freiherr von Rheinbaben über den Familienfidei bemerkt hat, wird heute von Herrn Professor Wagner als „Agrar“ abgetan; und die vom Freiherrn von Rheinbaben geforderte Nachsicht auf den bäuerlichen Besitz nennt heute Herr Professor Wagner „Niederungen der Interessen-Politik“.

Kurz und bündig urteilt der sächsische Finanzminister Dr. v. B. H. über, der im Dezember 1905 in der ersten sächsischen Kammer erklärte:

„Die Erbschaftsteuer ist für mich die widerlichste Steuer.“

Seute steht die sächsische Regierung auf dem entgegengelegten Standpunkt und befürwortet die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf kinderlose Ehegatten.

Nachdem wir den schnellen Meinungswechsel der Regierungsdirektoren konstatieren haben, wollen wir des weiteren den Wandel der Anschauungen in einigen Parteien vor Augen führen:

Die Frage der Herabsetzung der Kinder und Ehegatten zur Erbschaftsteuer ist schon gelegentlich der Beratung des







